

Botschaft der Konferenz für weltweite Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen in Beirut (21.4. - 27.4. 1968)

I

Ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte hat begonnen. Wissenschaft und Technik haben Raum und Zeit bezwungen und dem Menschen Güter im Überfluß zur Verfügung gestellt. Ein neues Verlangen nach Freiheit und Menschenwürde beseelt die ganze Menschheitsfamilie. Die Entwicklung zielt auf Entstehung einer Weltgemeinschaft, welche den ganzen Planeten umfaßt.

Die Mittel dieser Gemeinschaft sind jedoch so verteilt, daß 80% alles Reichtums nur 20% der Weltbevölkerung, die wesentlich im nordatlantischen Bereich leben, zur Verfügung stehen. Während also ein Teil der Menschheit reich ist und immer reicher wird, muß der übrige Teil gegen Armut unterschiedlichen Ausmaßes kämpfen; es besteht geringe Aussicht, daß sich dieser Zustand in den nächsten Jahrzehnten ändert.

Warum muß sich die Christenheit mit dieser Lage befassen? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Beratungen der Beiruter Konferenz für weltweite Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen. Die Konferenz wurde gemeinsam vom Ökumenischen Rat der Kirchen und von der römisch-katholischen Kirche einberufen. Sie ist die erste internationale Konferenz, die auf einer so breiten ökumenischen Basis stattfindet.

Der primäre Grund für christliche Mitverantwortung besteht darin, daß die Mehrheit der Christen im entwickelten Norden lebt. Dieses Gebiet ist viel reicher als die ganze übrige Welt. Seine Bewohner sind daher als Nutznießer dieses unausgeglichenen Wohlstandes um ihres Gewissens willen zur Rechenschaft verpflichtet.

Ein zweiter Grund: Alle Christen tragen entscheidende Verantwortung für eine Welt, in der es als „normal“ erscheint, jährlich 150 Milliarden Dollar für Rüstung auszugeben, während es schwierig ist, mehr als 10 Milliarden Dollar für wirtschaftliche und soziale Hilfe aufzubringen.

Ein dritter Grund: Christen sind ganz und gar der Einheit und Gleichberechtigung aller Menschen verpflichtet, weil Christus, der Menschensohn, ihr Haupt ist. Deshalb müssen sie für Einheit und Gleichberechtigung der weltweiten Gesellschaft eintreten, zu welcher die ganze Menschheitsfamilie gehört.

Ein vierter Grund: Christen glauben, daß Menschen von Gott den Auftrag haben, ihre Güter zur Erhaltung und Erneuerung der Erde einzusetzen.

Ein letzter Grund: Christen kommen zu einem Zeitpunkt zueinander, an dem die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen bei dem reichen Norden erlahmt, während die Notstände im entwicklungsbedürftigen Süden immer bedrückender werden. Christen in den entwickelten Ländern und in den Entwicklungsländern müssen sich darum erneut und vermehrt der Aufgabe weltweiter Gerechtigkeit und Entwicklung widmen.

II

Diese Herausforderung an das christliche Gewissen verlangt ein Handeln auf zwei Ebenen — auf der Ebene, auf der es um die Prägung der öffentlichen Meinung geht, und auf der anderen Ebene, auf der direkte politische Entscheidungen

getroffen werden. Für die Heranbildung der öffentlichen Meinung drängt die Konferenz die christlichen Kirchen zu folgenden Entscheidungen:

1. Weil die Christen an dem Ringen um Einheit, Gerechtigkeit und Entwicklung der Welt auf das tiefste beteiligt sind, muß dem auf allen Ebenen der Erziehung und Ausbildung — von der Christenlehre bis zur Universität — Rechnung getragen werden. Seminare, Ausbildungsstätten und Missionseinrichtungen sollten allen Lernenden die Einsicht vermitteln, daß Einheit, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit unter den Menschen wesentlich zum christlichen Glauben gehören und daß auch auf dem Missionsfeld Entwicklungsfragen eine zentrale Rolle spielen.

2. Unterlagen über Fragen der Gerechtigkeit und Entwicklung sollen in Zusammenarbeit mit internationalen Verbänden und örtlichen Expertengruppen erarbeitet und in jeglicher Form der Erwachsenenbildung, im Schrifttum und in den Massenmedien zu Aufklärungskampagnen benutzt werden.

3. Struktur und Ausrichtung des kirchlichen Dienstes und aller persönliche Einsatz der Christen müssen so gestaltet werden, daß sie der Forderung nach weltweiter Gerechtigkeit entsprechen. Es sollte z. B. ein bestimmter und zunehmender Prozentsatz alles kirchlichen Einkommens für Weltentwicklung zur Verfügung gestellt werden.

III

Was die besonderen Aktionen angeht, welche in den siebziger Jahren vor-
dringlich sind, so empfiehlt die Konferenz:

A. In den entwickelten Ländern

1. Entwickelte Länder sollen sich verpflichten, möglichst bis 1970 Mittel zur Verfügung zu stellen, die nicht rückzahlbar und produktiv sind. Diese Mittel sollen sich auf ein Prozent des Bruttosozialprodukts belaufen und später erhöht werden.

2. Eine Bereitstellung privater Investitionsmittel, die mindestens einem weiteren Prozent des Bruttosozialprodukts entsprechen, soll bis zum gleichen Termin angestrebt werden.

3. Die Neufestsetzung der Laufzeit der Schuldverpflichtungen der Entwicklungsländer soll beschleunigt und die Kreditbedingungen sollen in Zukunft erleichtert werden.

4. Die Bereitstellung von technischem Personal soll entsprechend der erhöhten Finanzhilfe erweitert werden.

5. Die Beschlüsse, die auf der UN-Konferenz über Handel und Entwicklung (UNCTAD) im März 1968 in New Delhi gefaßt wurden, und sich auf die Stabilisierung der Preise für bestimmte Rohmaterialien und auf bevorzugte Teilnahme an vorhandenen Märkten beziehen, sollen Mitte der siebziger Jahre verwirklicht werden.

6. Programme und Planungen der entwickelten Länder sollen die Nöte und dringenden Erfordernisse der Entwicklungsländer berücksichtigen, Verbesserung der Landwirtschaft — keine Erhöhung des Verteidigungsaufwandes, arbeitsintensive Industrie — keine Großindustrie, die nur mit einem Viertel ihrer Produktionskapazität arbeitet, Schulen und Krankenhäuser — keine Prestigeprojekte, Förderung aller — kein Monopol für wenige.

7. Den Nöten der Entwicklungsländer sollte in allen Neuplanungen für internationale Liquidität Vorrang gegeben werden.

B. In den Entwicklungsländern

1. Regionale politische Maßnahmen sollen sich vorrangig mit der Beseitigung sozialer und politischer Hindernisse befassen. Sie sollen den dynamischen Fortschritt und die Beteiligung aller an den Anstrengungen und Errungenschaften der Modernisierung fördern.

2. Modernisierungsprogramme der Landwirtschaft und geeignete Maßnahmen zur Verlangsamung des rapiden Wachstums der Bevölkerung — Maßnahmen, welche die Rechte und die religiöse Überzeugung der Familien achten — sollen den gebotenen Vorrang haben. Auf diese Weise soll die drohende Hungerkatastrophe in den beiden nächsten Jahrzehnten nach Möglichkeit abgewandt und die Hoffnung auf bessere Ernährung und Gesundheit der Menschen, auf bessere Erziehung und verantwortungsbewußtes Familienleben erhöht werden.

3. Auf dem Gebiet der Industrie und der Dienstleistungsbetriebe sollen geeignete Methoden der Technik vorrangig gefordert werden. Wo nötig, sollen arbeitsintensive Unternehmungen und Planungen sinnvoll auf örtlich vorhandene Hilfsquellen abgestimmt werden.

4. Das Erziehungswesen soll auf ein überzeugendes Gesamtkonzept abgestimmt werden, welches dem gerecht wird, daß alle Bürger der jungen Nationen sich der Mittel moderner Ausbildung bedienen können, besonders auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen, technischen und betriebswirtschaftlichen Ausbildung.

5. Alle Planungen sollen mit einer systematischen Mobilisierung finanzieller Mittel verbunden werden. Dazu bedarf es einer angemessenen Besteuerung und eines Anreizes zum Sparen.

6. Regionale gemeinsame Märkte sollen geschaffen werden, um Industrie-Investitionen aufeinander abzustimmen und dadurch die Grundlage für leistungsfähige Industrialisierung zu erweitern, die Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen und eine ständige Zunahme des Handels zwischen den Entwicklungsnationen sicherzustellen.

Die entwickelten Länder und Entwicklungsländer haben gemeinsam weiterreichende Aufgaben, als sich nur mit ihrer eigenen Politik und deren Rückwirkungen zu befassen. Sie sind Glieder einer umfassenden Weltwirtschaft, deren gegenseitige Abhängigkeit immer größer wird.

Es bedeutet eine Hilfe für alle, wenn das Unrecht in der Welt verringert und alle Kraft von Kriegsvorbereitung auf Friedensbemühung gelenkt würde.

IV.

Bei Entwicklungsaufgaben und Friedensbemühungen können die Menschen den Geist der Partnerschaft und der gegenseitigen Verpflichtung nur dann beweisen, wenn sie sich immer mehr der internationalen Einrichtungen und Behörden bedienen.

Darum drängt die Konferenz darauf:

(i) daß die Weltfamilie der Vereinten Nationen ihre Pläne für die siebziger Jahre beschleunigt und daß die christlichen Kirchen alle Zielsetzungen unterstützen, die mit der wachsenden christlichen Übereinstimmung in Fragen der Entwicklung und Zusammenarbeit im Einklang stehen.

(ii) daß ein steigender Prozentsatz von Entwicklungsmitteln über internationale Kanäle geleitet wird.

(iii) daß — wo möglich — noch vorhandene bilaterale Hilfsmittel im Rahmen multilateraler Konsortien und Beratergruppen verteilt werden.

(iv) daß alle Regierungen, einzeln und gemeinsam, ihre Prioritäten überprüfen und der Entwicklung und Zusammenarbeit zentrale Aufmerksamkeit und dasjenige Prestige zuteil werden lassen, das bisher der Verteidigung zukam.

Entwicklungsaufgaben können nicht an einem Tag oder in einem Jahr bewältigt werden. Es geht um eine Aufgabe für dieses und für das kommende Jahrhundert. Die Konferenz ruft die christlichen Staatsbürger in aller Welt auf, ihre Kräfte in den Dienst der Entwicklungshilfe zu stellen und sich zu verpflichten, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten. Christen als Staatsbürger sollen ihre Regierungen, Parteien, führenden Männer und Organisationen so lange bedrängen, bis ein überzeugender Anfang dazu gemacht ist, daß die gesamte Menschheit vernünftig und hoffnungsvoll auf diesem Planeten als Heimat aller leben kann. Um die Christen weiterhin zu ermutigen, ihren vollen Anteil an dieser dringenden Aufgabe zu übernehmen, empfiehlt die Konferenz, daß die ökumenische Studienkommission, welche diese Zusammenkunft ins Leben gerufen hat, zu einer ständigen Einrichtung und einem tätigen Organ für christliche Erziehung und christliches Handeln wird.